



Am Montag im Kantonsrat

Zürich, 13. März 2026

Vorschau auf die Kantonsratssitzung vom Montag, 16. März 2026

Fokusthema: Tätigkeitsbericht der GPK

Der Zürcher Kantonsrat wird sich am Montag nach der Wahl eines Kommissionsmitglieds und der Behandlung eines Geschäfts im schriftlichen Verfahren mit dem Tätigkeitsbericht der GPK befassen. Anschliessend stehen die unumstrittene Abschreibung eines Postulats und die Behandlung des von der FIKO kritisierten Berichts des Regierungsrates über die Beteiligungsstrategie an. Sollte nach der Genehmigung eines Beitrags für eine neue Ausstellung im Landesmuseum noch Zeit verbleiben, wird sich der Rat bis zum Sitzungsende mit Vorstössen beschäftigen, die die Bildungsdirektion betreffen.

Beschaffungspraxis und IT-Steuerung im Fokus der GPK

Eine ausführlichere Diskussion ist zum Tätigkeitsbericht der Geschäftsprüfungskommission (GPK) zu erwarten, auch wenn der Kantonsrat den Bericht lediglich zur Kenntnis nehmen kann ([KR-Nr. 2/2026](#)). Die GPK kritisiert darin insbesondere die Beschaffungspraxis des Regierungsrates bei Informatikprojekten. Hintergrund ist das gescheiterte Projekt «Elektronische Fallführung (ELFA)» für den Justizvollzug: Nach dem Abbruch durch die beauftragte Abraxas Informatik AG vergab der Regierungsrat den Auftrag für eine neue Fachapplikation freihändig an eine andere Anbieterin. Die Finanzkontrolle kam zum Schluss, dass dafür keine ausreichenden Gründe vorlagen, während der Regierungsrat auf fehlende Alternativen und Zeitdruck verwies. Die GPK fordert deshalb eine konsequente Anwendung des Beschaffungsrechts sowie eine regelmässige Berichterstattung über kritische IT-Schlüsselprojekte der kantonalen Verwaltung. Zudem empfiehlt sie dem Regierungsrat, die strategische Steuerung und Aufsicht über die Sozialversicherungsanstalt Zürich (SVA Zürich) zu überprüfen. Erfahrungsgemäss bietet der Tätigkeitsbericht der GPK im Rat auch Anlass, weitere Themen aus der parlamentarischen Oberaufsicht zu diskutieren.

GPK-Präsidentin: Alexia Bischof (Die Mitte, Wädenswil), 079 452 13 37

Postulat zu einer neuen Leistungsgruppe soll abgeschrieben werden

Keine lange Diskussion dürfte die Abschreibung des Postulats von GLP, SVP und SP betreffend Leistungsgruppe «Beteiligungsmanagement» auslösen. Die Finanzkommission (FIKO) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, das Postulat als erledigt abzuschreiben ([5790](#)). Mit dem Postulat wurde der Regierungsrat gebeten, eine Leistungsgruppe «Beteiligungsmanagement» zu erstellen und darin alle Finanzbeteiligungen des Kantons Zürich zu führen. In seiner Postulatsantwort weist der Regierungsrat darauf hin, dass er eine Zentralisierung des Beteiligungsmanagements und -controllings in einer Dienststelle ablehnt. Die Ziele des Postulates könnten mit der bestehenden Regelung erreicht werden. Die Transparenz sieht der Regierungsrat mit der gegenwärtigen Berichterstattung über die Beteiligungen gewährleistet. In diesem Zusammenhang nennt er unter anderem auch den Bericht über die Beteiligungsstrategie, welchen der Kantonsrat gleich im Anschluss behandeln wird. Die Forderung des Postulates nach einer für den Kantonsrat und die Öffentlichkeit transparenteren, aussagekräftigeren Berichterstattung hat die Kommission dort aufgenommen.

FIKO-Präsident: Karl Heinz Meyer (SVP, Neerach), 079 700 22 21

Breite Kritik am Bericht über die Strategie zu den bedeutenden Beteiligungen

Eine längere Diskussion ist zum Bericht des Regierungsrates über die Strategie zu den bedeutenden Beteiligungen des Kantons (Beteiligungsstrategie) zu erwarten ([5953](#)). Trotz breiter Kritik beantragt die Finanzkommission (FIKO) dem Kantonsrat mit 6 zu 5 Stimmen, den Bericht zur Kenntnis zu nehmen; dies aber in der Erwartung, dass der Regierungsrat der Kritik künftig Rechnung trägt. Eine Kommissionsminderheit will sich nicht darauf verlassen und beantragt, den Bericht zurückzuweisen und Vorgaben zu machen, wie die nächste Beteiligungsstrategie für 2027–2031 anzupassen ist. Mit dem Bericht für die laufende Legislaturperiode hat der Regierungsrat erstmals ein Gesamtdokument zur kantonalen Beteiligungspolitik vorgelegt, das Transparenz über die bedeutenden Beteiligungen schafft und die Eigentümerstrategien dazu dokumentiert. Die FIKO vermisst darin aber insbesondere eine konsolidierte Darstellung der strategischen Ziele, die der Kanton damit verfolgt, wie auch eine Einschätzung der übergeordneten Risiken. Nur mit dem regelmässig angeführten Hinweis, dass die Beteiligungen ein zweckmässiges Risikomanagement und ein internes Kontrollsystem sicherzustellen hätten, könne der Kantonsrat die Risiken für den Kanton nicht beurteilen. Damit fehle jeder strategische Mehrwert für die Wahrnehmung der Oberaufsicht.

FIKO-Präsident: Karl Heinz Meyer (SVP, Neerach), 079 700 22 21

Minderheit: Daniela Sun-Güller (GLP, Zürich) 079 378 53 36

Beitrag an neue Zürich-Ausstellung im Landesmuseum soll genehmigt werden

Rasch behandelt werden dürfte ein Beitrag von 1,56 Millionen Franken aus dem Gemeinnützigen Fonds an den Verein Einfach Zürich für das Projekt «Neue Dauerausstellung ab 2028». Die Finanzkommission (FIKO) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, den Beitrag zu genehmigen ([6006](#)). Seit 2019 vermittelt der Verein Einfach Zürich im Landesmuseum die Geschichte von Kanton und Stadt Zürich. Für die neue Dauerausstellung bezieht er neue, zentraler gelegene Räumlichkeiten. Die grossen Besucherströme des Landesmuseums werden direkt daran vorbeigeführt. Der Verein gestaltet die Ausstellung kinderfreundlicher und erneuert die Medientechnik. Das Rahmenprogramm mit Veranstaltungen an verschiedenen Orten führt er fort. Auch soll die Ausstellung weiterhin wie ein Wegweiser auf verschiedene Kulturinstitutionen im Kanton und in der Stadt Zürich aufmerksam machen. Der Verein rechnet mit Projektkosten von insgesamt 2,6 Millionen Franken. Wie beim Projekt für die heutige Ausstellung teilen sich Kanton und Stadt Zürich die Kosten nach dem Schlüssel 60 zu 40 auf.

FIKO-Präsident: Karl Heinz Meyer (SVP, Neerach), 079 700 22 21

Vorstösse zur Abschaffung des Langzeitgymnasiums und zur Stärkung der Laufbahnberatung

Sollte vor Sitzungsende noch Zeit verbleiben, wird sich der Kantonsrat mit Vorstössen befassen, welche die Bildungsdirektion betreffen. SP-Kantonsrat Rafael Mörgeli möchte den Regierungsrat bitten, in einer Studie darzulegen, welche Auswirkungen eine Abschaffung des Langzeitgymnasiums auf die Sekundarstufe I hätte ([KR-Nr. 174/2025](#)). Und FDP-Kantonsrat Marc Bourgeois fordert gesetzliche Grundlagen, die sicherstellen, dass das kantonale Angebot im Bereich der Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung in Kooperation mit gleichwertig ausgebildeten, privaten Berufs-, Studien- und Laufbahnberaterinnen und -beratern erbracht wird ([KR-Nr. 214/2025](#)). Der Regierungsrat beantragt, beide Vorstösse abzulehnen.

Rafael Mörgeli (SP, Stäfa), 077 428 98 30

Marc Bourgeois (FDP, Zürich), 079 219 95 38

Schriftliches Verfahren:

Diskussionslos behandelt, weil unumstritten, wird am Montag in Traktandum 3:

- eine vom Regierungsrat beantragte Fristerstreckung zu einer Motion, mit welcher der Regierungsrat aufgefordert wird, dem Kantonsrat eine Vorlage zur Schaffung von zwei Krisenzentren für Opfer sexueller Gewalt zu unterbreiten ([KR-Nr. 323/2021](#)).

Personelles:

Zu Beginn der Sitzung steht die Wahl eines neuen Mitglieds der KPB an ([KR-Nr. 75/2026](#)). Die Interfraktionelle Konferenz (IFK) schlägt Nadja Wirth (Grüne, Pfäffikon) als Nachfolgerin von Wilma Willi vor. Der Wahlvorschlag ist unumstritten.

IFK-Präsident: Markus Schaaf (EVP, Zell), 078 707 00 66

Diese Vorschau bietet einen Überblick über die Traktanden, die voraussichtlich behandelt werden. Alle weiteren Verhandlungsgegenstände sind auf der [Traktandenliste](#) aufgeführt.

Allgemeine Auskünfte zur Sitzung des Kantonsrats geben:

Beat Habegger, Kantonsratspräsident, 076 383 82 35

Ronny Nicolussi, Medienbeauftragter, 043 259 20 12